

Die Bürgergesellschaft im Spiegel der aktuellen Parteidokumente

Neue Antworten auf soziale und demokratische Grundfragen?

Peter-Georg Albrecht

Zusammenfassung

Das Thema Zivil- und Bürgergesellschaft hat Konjunktur in Deutschland. In den aktuellen Parteidokumenten ist durchgängig zu lesen: In Zukunft haben die Bürgerinnen und Bürger mehr Verantwortung zu übernehmen, und mit etwas Unterstützung tun sie das auch. Uneinigkeit besteht über die gesellschaftliche Aufgabenverteilung zur Lösung sozialer Fragen. Gar gänzlich gehen die Auffassungen darüber auseinander, ob die Gesellschaft weiter demokratisiert werden muss und welche ihrer Bereiche dies besonders nötig haben.

Abstract

Talking about civil and civic society is in fashion in Germany. All of the party programmes say: In future citizens will have to take on more responsibility, and if given a little support they will in fact do so. There is, however, some controversy as to the distribution of responsibilities in dealing with social problems. Moreover, opinions are completely divided on the issue of whether society should be democratized any further and in which areas this would be of particular importance.

Schlüsselwörter

Zivilgesellschaft – Partei-Programm – Bürger – Mitwirkung – soziale Frage – Demokratisierung – bürgerliches Engagement

1. Dickicht Bürgergesellschaft: Zu den Ausprägungen eines Konzeptes

Mehr bürgerliches Engagement, mehr Gegenseitigkeit, Hilfe und Unterstützung, mehr Partizipation und Mitgestaltung – die Zivil- beziehungsweise Bürgergesellschaft¹ ist in aller Munde. Auch die Programme der auf Bundesebene aktiven Parteien sind mittlerweile von einer Begrifflichkeit durchwebt, die vor wenigen Jahren so noch nicht zu lesen war. Was genau die bundespolitischen Akteure unter Bürgergesellschaft verstehen und wohin sie Staat, Wirtschaft und Gesellschaft „bürgergesellschaftlich“ entwickeln wollen, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen.

Ein erster Blick ins Dickicht des mittlerweile Regale füllenden bürgergesellschaftlichen Literaturdschun-

gels macht schnell deutlich, dass sowohl deskriptive wie auch normative Konzeptausprägungen kursieren, die vielfach auch noch schier unlösbar miteinander verwoben sind. Für die einen ist sie längst angebrochen, für die anderen ist man allenfalls auf dem Wege zu ihr, der Bürgergesellschaft².

Was meinen die Protagonisten eines solchen Konzeptes, sei es nun auf einen Ist- oder einen Soll-Zustand bezogen, wenn sie von einer Bürgergesellschaft sprechen? Was ist ihr Anliegen? Drei Schwerpunkte sollen hier unterschieden werden, um ein wenig Licht in das Wirrwarr der Debatten zu bringen:

▲ Nähert man sich mit einem politikwissenschaftlichen und insbesondere demokratietheoretischen Blick dem Dargebotenen, so fällt auf, dass immer wieder gefragt wird, inwieweit die Bürgerinnen und Bürger noch Herr ihrer gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen sind. Verhandelt werden die Einflussmöglichkeiten in Staat, Wirtschaft und in einem Dritten Sektor sowie das Anliegen, die Gesellschaft weiter, umfassender und tief greifender zu demokratisieren.

▲ Bei einer sozialpolitischen, sozialpädagogischen beziehungsweise sozialarbeiterischen Herangehensweise wird deutlich, dass – leise – auch soziale Fragen neu gestellt werden. Man streitet über den gesellschaftlichen Welfare Mix, über die Verantwortungs- und Aufgabenverteilung im Bereich der Wohlfahrtsproduktion.

▲ Beide Ausprägungsformen, die politisch-demokratische wie die sozial-wohlfahrtsbezogene, eint der Ruf nach mehr Bürgern und Bürgerinnen, mehr Bürgerverantwortung, mehr bürgerschaftlichem Engagement.

Natürlich waren gesellschaftliche und insbesondere parteipolitische Debatten schon immer bürgergesellschaftlich eingefärbt, Diskurse bezogen ihre Schubkräfte aus bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen – so in den 1968er-Jahren mit dem Engagement der Menschen in neuen sozialen Bewegungen oder in der friedlichen Revolution in der DDR. In den 1990er-Jahren bekam die Bürgergesellschaft noch einmal Aufwind. Als einer der Hauptgründe dafür kann der Regierungswechsel 1998 angesehen werden, der die Parteien der Sozialdemokraten und der Grünen in eine Position brachte, in der ihre bis dato viele Jahre lang oppositionell geprägten Programme nicht mehr angemessen waren. Die Regierung Schröder ging in die Offensive und berief über den Bundestag eine von allen Parteien (mehr oder weniger engagiert) getragene Kommission ins Leben. Die „Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerlichen Engagements“ versuchte, möglichst

viele der frei fluktuierenden Konzeptvarianten zu sichten und zusammenzuführen, um so etwas wie eine neue gemeinsame gesellschaftliche Marschrichtung zu finden.³

2. Die Parteien zu Beginn der Arbeit der Bundestagsenquetekommission

Alle Parteien formulierten zum Auftakt der Kommissionsarbeit ihre Ansprüche an eine Bürgergesellschaft und legten somit zur Jahrtausendwende ihre „Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement“ offen (*Enquete-Kommission 2002*, S. 129-150, 683-726):

▲ Als Motor verstand sich die damalige Regierungspartei SPD. Davon ausgehend, dass „soziale Ungleichheit“ immer wieder unter anderem durch „wirtschaftliche Globalisierung“ erzeugt wird und die Gesellschaft in „oben und unten, reich und arm“ spaltet (*SPD 2002*, S. 135-136), strebte sie „ein neues Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“, einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ an (*ebd.*, S. 131). Ziel ihrer „zivilgesellschaftlich orientierten Reformpolitik“ war es, einen Dritten Sektor zu entwickeln, aber auch den Staat umzubauen (*ebd.*, S. 135).

▲ Die CDU und CSU, in der Opposition und von einer nicht zu leugnenden Aversion gegen die Arbeit der Kommission und ihre Berichte geprägt (*CDU/CSU 2002*, *CDU 2007b*), hatten vor allem mit ihren Bürgerinnen und Bürgern Probleme: Einer „wachsenden Anspruchshaltung der Bürger“ an den Staat wie auch die Wirtschaft – die sich beispielsweise in politischer Betätigung fernab der Volksparteien und bei Gewerkschaften manifestiert (*CDU 1994*, Abs. 107 und 91-92) – sei zu wehren. Sich wirklich engagierenden Menschen werde man nicht durch „Ausspielen“ von Haupt-, Neben- und Ehrenamtlichkeit und durch wechselhafte Förderung der jeweils politisch opportunisten Verhaltensweise gerecht (*CDU/CSU 2002*, S. 685, 691). Ziel einer Weiterentwicklung der Gesellschaft müsse vielmehr sein, sich subsidiär der „Stärkung der kleineren Einheiten“, wie der Familien, zu widmen.

▲ Die FDP ging mit der ihr eigenen Kritik am Staat ins Rennen: „Staatliche Regulierung von immer mehr Bereichen menschlichen Lebens hat sich als Irrweg erwiesen“, „viele heute noch vom Staat organisierte und regulierte Bereiche der Gesellschaft müssen in die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben werden“, forderte sie (*FDP 2002*, S. 144 f.). Sie stellte an die Entwicklung einer Bürgergesellschaft den Anspruch, den Bürgern und Bürgerinnen prinzipiell mehr „Freiraum zur Selbstgestaltung und Selbstverantwortung“ in ihrem Umfeld zu geben, auch zu wirtschaftlichem Handeln (*ebd.*, S. 145).

DZI-Kolumne Bauchgefühl

Die Vorgänge um UNICEF Deutschland verunsichern seit Monaten Spenderinnen und Spender – nicht nur die von UNICEF. Sie machen dramatisch deutlich, welch entscheidende Bedeutung dem Vertrauen im Verhältnis einer Spendernorganisation zu ihren Unterstützenden zukommt. Vertrauen entsteht nicht nur im Kopf, sondern vor allem im Bauch, weshalb sich die Krise bei UNICEF zu einem verheerenden Flächenbrand ausbreiten konnte.

Die Fakten: UNICEF Deutschland hat zwischen 2004 und 2007 Provisionen an drei mit der Spendenwerbung beauftragte, externe Berater bezahlt, darüber aber weder das DZI noch die bei der Werbung angesprochenen Personen informiert. Weil Letzteres aber eine der Bedingungen des DZI Spenden-Siegels für die Zulässigkeit von Provisionen ist und zwei der drei Provisionsvereinbarungen unzureichend ausformuliert waren, hat das DZI im Februar 2008 UNICEF das Spenden-Siegel entzogen. Ausschlaggebend dafür waren auch die in den vergangenen Wochen entstandenen Mängel im Management-, Leitungs- und Aufsichtsbereich der Organisation. Nicht bestätigt haben sich weitere Vorwürfe, die in Medienberichten mit Schlagwörtern wie „Spenderverschwendungen“, „Beraterparadies UNICEF“ oder „Luxuriöser Umbau der Geschäftsstelle“ belegt wurden.

Wie also konnten solche sachlich begrenzten Fehler eine der größten deutschen Spendernorganisationen in eine so existentielle Krise bringen? Die Antwort: durch ein katastrophales Krisenmanagement; das heißt einen wochenlang öffentlich ausgetragenen Disput innerhalb der ehren- und hauptamtlichen Leitung von UNICEF, ein nur zögerliches Eingestehen der Fehler sowie durch mangelhafte Information der Mitglieder und ehrenamtlichen Aktionsgruppen. Angefeuert von teils polemischen Medienberichten ist das „Bauchgefühl des Vertrauens“ bei vielen verloren gegangen. UNICEF ist keine unseriöse Organisation. Die Beseitigung der angerichteten Schäden wird Jahre brauchen. UNICEF hat eine Chance verdient und muss diese in aller Konsequenz nutzen. Und auch die anderen Hilfswerke sollten aus diesem Fall Lehren ziehen.

Burkhard Wilke
wilke@dzi.de

▲ Ähnlich wie die SPD sahen auch die Grünen „gesellschaftliche Umbrüche (und) durchaus einschneidende und nachhaltige Gefahren“ auf sich zukommen. Sich diesen Umbrüchen und Gefährdungen entgegenzustellen, sei Ziel einer Reformpolitik in Richtung Bürgergesellschaft, die sich vor allem durch ein verändertes „Verhältnis von Bürgern und Bürgerinnen, Staat und Markökonomie“ auszeichnet (*Bündnis 90/Die Grünen* 2002a, S. 138). Im Gegensatz zur Auffassung der FDP seien aber zwecks Verwirklichung einer Bürgergesellschaft nicht Freiräume, sondern „mehr Gelegenheitsstrukturen“ für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen (*ebd.*, S. 142), und wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten beispielsweise durch ein staatlich garantiertes Grundeinkommen zu begegnen.

▲ Die PDS kritisierte zu Beginn der Arbeit der Enquete-Kommission sowohl die ökonomischen Entwicklungen als auch die staatliche Akkumulation der Macht. Bürgerschaftliches Engagement sollte aus ihrer Sicht „mehr sein als nur eine gelegentliche Ergänzung repräsentativer Politik und weder als Alibi noch als wohlfeiler Lückenbüßer missbraucht werden, wenn öffentliche Leistungen gestrichen werden“ (PDS 2002, S. 148). Ihr ging es auch um größere Einflussmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, um eine „Stärkung der Volkssouveränität“.

Alle zitierten Anspruchshaltungen korrelieren recht deutlich mit den sonstigen Positionen und Argumentationen der entsprechenden Parteien. SPD und Grüne zeichneten sich durch die Nähe zum Dritten Sektor, die CDU/CSU zu primären Netzwerken, die FDP zur Wirtschaft und die PDS zum Staat aus. Kritisch sahen SPD, Grüne und PDS (globale) wirtschaftliche Entwicklungen, die FDP warnte vor allem vor einem überregulierenden Staat, CDU/CSU gar vor allzu fordernden und zu wenig sich selbst beschränkenden Bürgern und Bürgerinnen. Den einen (vor allem den Regierungsparteien SPD und den Grünen) ging es mehr um die Entwicklung der Gesellschaft, den anderen (wie der FDP) stärker um die Ausweitung spezifischer bürgerlicher Unabhängigkeiten. Die einen – wie eben Liberale – strebten eher eine Abgrenzung bürgerschaftlichen Handelns vom Staat an, während es anderen – wie der PDS – gerade um mehr Beteiligung und Einflussnahme im Staatssektor ging. Von allen wurde eine neue Verteilung gesellschaftlicher Verantwortungen und Aufgaben angestrebt: mehr Reformen aus Sicht der Sozialdemokraten, mehr Subsidiarität aus Sicht der CDU/CSU, mehr bürgerliche Freiheit aus Sicht der Liberalen, mehr Möglichkeiten von Engagement aus Sicht der Grünen und mehr Teilen von Macht aus Sicht der PDS.

3. Nach dem Einigungsversuch: Die aktuellen Programme im Vergleich

Zugänge und Ansprüche, Problemsichten und bürgergesellschaftliche Ziele der einzelnen Parteien unterschieden sich zu Beginn der Arbeit der Enquete-Kommission, trotz gewisser Gemeinsamkeiten, doch stark voneinander. Die heutigen Programme haben sich zwar im Blick auf bürgerschaftliches Engagement aneinander angenähert, in ihren Antworten auf soziale und demokratische Grundfragen allerdings nicht. Doch es zeigen sich auch weiterhin deutliche Differenzen. Anhand der jeweiligen parteipolitischen Definition bürgerschaftlichen Engagements, der Äußerungen zum Welfare Mix und zu den Konturen eines Dritten Sektors sowie der Überlegungen zu mehr Demokratie und zur weiteren Demokratisierung der Gesellschaft soll dies belegt werden.

3.1 Die Sozialdemokraten

Das noch druckfrische Hamburger Grundsatzprogramm der SPD versteht unter bürgerschaftlichem Engagement, dass „Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere (übernehmen)“ und „im Sinne des Gemeinwohls (wirken)“. „Wo Menschen sich für Menschen einsetzen, sind Verantwortungsbereitschaft, Gerechtigkeitssinn, gegenseitige Anerkennung, Solidarität und Mäßigung beim Gebrauch individueller Freiheit erfahrbar.“ Bürgerschaftliches Engagement verwirklicht sich besonders „in Vereinen, Stiftungen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen“. Für die SPD ist bürgerschaftliches Engagement auch an Voraussetzungen gebunden und unterstützungsbefürftig: „Wir wollen, dass Ehrenämter mehr Anerkennung und eine bessere Absicherung erhalten“, schreiben die Sozialdemokraten (SPD 2007, Absatz Solidarische Bürgergesellschaft).

Gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt ist aber nicht allein Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, so die SPD. „Soziale Dienstleistungen“ müssen auch „nicht vom Staat erbracht werden“. Freie Wohlfahrtsverbände sind für die SPD „wichtige Partner“, wobei sie sich „der Arbeiterwohlfahrt und dem Arbeiter-Samariter-Bund besonders verpflichtet“ sieht. „Mehr und bessere soziale Dienstleistungen für Kinder, Jugendliche, Familien, Ältere und Behinderte sind der Schlüssel für eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt. In unseren Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Krankenhäusern und Pflegestationen wollen wir dafür die Weichen stellen“, so die Sozialdemokraten. Dem Staat verbleibt im sozialdemokratischen Welfare Mix die Aufgabe der Ermöglichung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements und die strategische Kooperation mit freien sozialen Dienstleistungsorganisationen, vor

allem Wohlfahrtsverbänden. Er übernimmt darüber hinaus „die Verantwortung dafür, dass Qualität und gleicher Zugang für alle gesichert sind“ (SPD 2007, Absatz Vorsorger Sozialstaat).

Bürgerschaftliches Engagement wird aber nicht nur unter sozialstaatlichen Gesichtspunkten und im dementsprechenden Absatz des Grundsatzprogramms verhandelt. Für die SPD bedeutet Demokratie insgesamt, dass sie „durch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger (lebt)“. Darum wollen die Sozialdemokraten „eine starke lebendige Bürgergesellschaft, in der die Menschen die Freiheiten der Meinungsäußerung, der Vereinigung und Versammlung nutzen“. Einerseits ist für sie der demokratische Staat insgesamt „die politische Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger“. Anderseits sind ihnen auch drittsektorale Assoziationen wichtig: Träger der Bürgergesellschaft sind neben Wohlfahrtsverbänden und sozialen Organisationen auch „Parteien, Kirchen, Religionsgemeinschaften“ und „Umweltverbände“. Ihnen wird Autonomie zugestanden, die auch der Staat befördert: „Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anspornen, entlasten und ergänzen“, so die SPD (*ebd.*, Absatz Solidarische Bürgergesellschaft).

3.2 Die Christlich Demokratische Union

Die CDU, mittlerweile ebenfalls mit neuem Grundsatzprogramm ausgestattet, findet, dass „jeder Einzelne Mitverantwortung für das Gemeinwohl (trägt). Bürgersinn und Verantwortungsbewusstsein erweisen sich in Ehe und Familie, in Arbeitswelt, in Vereinen und Bürgerinitiativen sowie in Gemeinden und Staat“ (CDU 2007a, Artikel 267). „Bürgersinn stiftet gesellschaftlichen Zusammenhalt“, formulieren die Christdemokraten im Rückgriff auf ihr Programmepaper zum Thema Bürgergesellschaft (CDU 2007b), und dieser Zusammenhalt ist vor allem erst einmal für den Nahraum der Menschen wichtig. „Verbände und andere gesellschaftliche Organisationen und Gruppen gehören zu einer aktiven und freien Bürgergesellschaft. Sie bestimmen ihre Aufgaben innerhalb der Grenzen des Gemeinwohls selbstständig“ (CDU 2007a, Artikel 271). „Ohne das freiwillige Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in karitativen und kirchlichen Einrichtungen ... kämen viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zum Stillstand“ (CDU 2007b). Bürgerschaftliches Engagement, so definiert, braucht auch aus Sicht der CDU Unterstützung. Dementsprechend wollen sie „einen Staat, der dem Bürger zur Seite steht, der gewährleistet, sichert, hilft, befähigt und der jeweils kleineren Einheit Freiheit und Selbstverantwortung ermöglicht“, ein „partnerschaftliches und vertrauens-

volles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat“ (CDU 2007a, Artikel 265).

Ihre Vorstellung von Welfare Mix bescheinigt den vorhandenen traditionellen Wohlfahrtsverbänden Bedeutsamkeit: „Die Träger der Wohlfahrtspflege erbringen wichtige Leistungen für die Gesellschaft auf der verfassungsrechtlich legitimierten Basis der Subsidiarität“. Aber „nur eine Kombination aus Eigenverantwortung, staatlichen Leistungen und bürgerschaftlichem Engagement kann die Sicherheit schaffen, die die Menschen brauchen“, denn „Solidarität und soziale Sicherheit kommen nicht in erster Linie vom Staat“ (*ebd.*, Artikel 180-181). Während die SPD Fragen des Welfare Mix im Absatz Sozialstaat verhandelt, nimmt die CDU im Artikel zur Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft auf diese Bezug. Insbesamt rückt sie damit stärker in die Nähe der FDP, die die Wohlfahrtsproduktion vorrangig als eine Aufgabe der Wirtschaft sieht (siehe unten).

Dem Thema demokratische Erneuerung der Gesellschaft sind trotz der neuen bürgerschaftlichen Sprache im CDU-Grundsatzprogramm kaum Überlegungen gewidmet. Das Programm steht für eine subsidiär-soziale Bürgergesellschaft, die mehr Demokratie auch in Staat und Wirtschaft nicht anstrebt. „Freiwillige, gemeinwohlorientierte und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtete Aktivitäten“ haben für die Christdemokraten ihren Platz in den Bereichen „der Wohlfahrtspflege, der Kultur und Freizeitvereine sowie in Einrichtungen und Diensten des Gesundheits- und Sozialsektors“, heißt es im Bürgergesellschafts-Programmpapier (CDU 2007b), aber anscheinend nur dort.

3.3 Die Liberalen

Die FDP, deren Grundsatzprogramm schon etwas älteren Datums ist, äußert sich in verschiedenen Texten zum Thema Bürgerengagement. Sie setzt auf bürgerschaftliche „Eigenverantwortung“, für sie geht „Privat vor Staat“ (FDP 2005, S. 1), denn „wie ein roter Faden zieht sich der Gedanke der befregenden Kraftentfaltung durch die liberalen Vorschläge. Gemeint ist vor allem die Freiheit zur Verantwortung ... Die Bürger sollen ihre Angelegenheiten selbst regeln, weil sie es als Individuum besser können als ein allgegenwärtiger Staat“, schreibt die FDP in ihrem Kurzwahlprogramm (*ebd.*, S. 6). Bürgerschaftliches Engagement „muss ausgebaut werden“ durch Steuererleichterungen und die „Entwicklung einer Anerkennungskultur“, indem zum Beispiel Freiwilligenagenturen „ehrenamtliches Engagement propagieren“, weniger durch staatliches Handeln (FDP-Bundesvorstand 2007, Absatz 4).

Im zitierten Papier des FDP-Bundesvorstandes geht es um „mehr Markt im Sozialmarkt“. Die FDP sieht in den „Sozialkonzernen in kommunaler, kirchlicher und gemeinnütziger Trägerschaft“ keine Antwort auf die sozialen Fragen der Gegenwart. „Liberale begrüßen es (deshalb), dass soziale Dienstleistungen zunehmend von Privatunternehmen oder gemeinnützigen Organisationen im Sozialmarkt erbracht werden“, heißtt in diesem Papier. Ein neuer Welfare Mix entsteht für sie nur, wenn der bisherige Korporatismus zwischen dem Staat und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege zugunsten von „jungen innovativen Anbietern“ aufgebrochen wird und auch mittelständische Unternehmen ihre Chancen haben (*ebd.*, Absatz 1-2).

Trotz ihrer Präferenzen für einen solchen unabhängigen und auch wirtschaftlich agierenden Dritten Sektor fordern die Liberalen mehr Demokratie. Für die FDP sind Mitbestimmung, zumindest im staatlichen Bereich, und „mehr Mitglieder- und Wählerbeteiligung in der Arbeit der politischen Parteien“ wichtig. Es bedarf ihres Erachtens der „Direktwahlen der Bürgermeister und Landräte in allen Bundesländern, Bürgerentscheid, Bürgerbegehren und Bürgerbefragung... auf kommunaler und Länderebene“, „Volksinitiativen auf Bundesebene“, um den Bürgern und Bürgerinnen insgesamt „mehr Einfluss auf die Behandlung von wichtigen Themen zu geben“ (*FDP* 1997).

3.4 Bündnis 90/Die Grünen

Das Berliner Grundsatzprogramm der Grünen stammt aus dem Jahr 2002. Es lebt von einer „Vision der Selbstbestimmung“ bei gleichzeitiger „Parteinaufnahme für die Schwächsten“ (*Bündnis 90/Die Grünen* 2002b, Präambel). Die Grünen sehen vier Ebenen des bürgerschaftlichen Engagements: Menschen übernehmen ihres Erachtens stets zunächst einmal für sich selbst, sodann für ihr soziales Umfeld Verantwortung. Sie stiften dabei „eine lebendige soziale Kultur“, aus der heraus auch politische Verantwortungsübernahme möglich wird. Bürgerschaftliches Engagement wird in „kleinen sozialen Netzen“, in „Nachbarschaften“ wie auch in der „Arbeit von Selbsthilfe-Initiativen, Trägern sozialer Arbeit mit sozialräumlichen Bezügen, Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen“ gelebt. Die „Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern muss vom Staat unterstützt werden“, denn derzeit werden „traditionelle Quellen der Solidarität eher schwächer“. Eine solche Unterstützung ist auch für die Demokratie bedeutsam, denn „nur wer am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, kann es beeinflussen“ (*ebd.*, Absatz Aufbruch in eine emanzipative Sozialpolitik/ III. Bürgerrechte).

Fragen des Welfare Mixes und damit Fragen eines Dritten Sektors und demokratiebezogene Argumente sind für die Grünen miteinander verwoben. „Bürgerschaftliches Engagement ist nicht der ‚billige Jakob‘ des Wohlfahrtsstaates, sondern hat die Stärkung von Gemeinsinn, gesellschaftlicher Solidarität und die Erneuerung der Demokratie von unten zum Ziel“ (*Bündnis 90/Die Grünen* 2005, S. 42). Dass eine Erneuerung angestrebt ist, wird auch im Grundsatzprogramm an vielen Stellen deutlich, nur wie sie erfolgen sollte, dazu fehlen die Wegweiser. Klar ist einzig, dass Bürger und Bürgerinnen nicht nur aus sich selbst heraus gesellschaftsgestaltend wirken: „Eine lebendige Demokratie setzt nicht nur das Recht auf Teilnahme, sondern auch die Möglichkeit dazu voraus. Dafür muss Politik Voraussetzungen schaffen... Wir verkürzen die Bürgerrechte nicht wie die FDP auf Freiheit minus Gerechtigkeit. Für uns sind die Grund- und Menschenrechte unteilbar“ (*ebd.*, S. 87). „Unsere Vision ist eine Welt, in der die natürlichen Lebensgrundlagen geachtet und bewahrt werden. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der die Menschenrechte unteilbar und universell gültig sind und in der Selbstbestimmung in Verantwortung verwirklicht werden kann. Unsere Vision ist die Verwirklichung von Gerechtigkeit in allen ihren Dimensionen“, formulieren die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm, und: „Wir stärken die Demokratie und verteidigen sie“ (*Bündnis90/Die Grünen* 2002b, Präambel).

3.5 Die Linke

Die Linkspartei.PDS befindet sich derzeit mit der WASG in einem Prozess der Aushandlung eines gemeinsamen Grundsatzprogramms. Bisher stehen nur programmatiche Eckpunkte fest. Dies mag der Grund dafür sein, warum eine Definition von bürgerschaftlichem Engagement bei Der Linken bis dato fehlt, sieht man von einer ganz grundlegenden Präferenz für „solidarische Elemente“ und „Selbstverwaltung“ einmal ab (*Die Linke* 2007, Abschnitt III/3). Über das „Verhältnis von zivilgesellschaftlichem Engagement, Marktregulation, nationalem Sozialstaat und internationalen Institutionen“ stehe man noch in der Diskussion (*ebd.*, Nachbemerkung). Insofern gibt es auch keine expliziten Ausführungen zu Vergemeinschaftungsformen und Unterstützungsbedarfen bürgerschaftlichen Engagements.

Über die gesellschaftliche Wohlfahrtsproduktion hat sich Die Linke sehr wohl Gedanken gemacht. Sie will „eine neue Solidarität auf Basis moderner öffentlicher Dienstleistungen, solidarischer Sicherungssysteme und des ökologischen Umbaus der Gesellschaft als Grundlage eines selbstbestimmten Lebens“. Das

bedeutet für sie, für eine Gesellschaft zu „streiten …, die jede und jeden an den Bedingungen eines Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit und Solidarität beteiligt. Zu den Gütern, die dies erst ermöglichen, gehören die sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde, sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Gesundheitsleistungen und soziale Sicherungen“ (*ebd.*, Abschnitt III/Einleitung). Der Staat hat im linken Welfare Mix eine zentrale Aufgabe, denn er konstituiert die öffentlichen Dienstleistungsträger. Darüber hinaus formuliert die Linkspartei: „Wir wollen einen demokratischen Sozialstaat mit sozialen Mindeststandards, die allen Mitwirkung und Mitentscheiden ermöglichen“ (*ebd.*, Abschnitt III/3).

Eine demokratische Erneuerung der Gesellschaft muss sich für Die Linke auch auf die Wirtschaft und Arbeitswelt beziehen. Die Partei strebt eine „Wirtschaftsdemokratie“ an, die „alle Formen des Eigentums an sozialen und ökologischen Kriterien misst. Im öffentlichen Eigentum an Einrichtungen der Daseinsvorsorge und öffentlicher Verfügungsgewalt über sie sehen wir eine unverzichtbare Grundlage einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft“, schreibt Die Linke. Die „soziale Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft“ ist einer ihrer Schwerpunkte. „Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor, jeder und jedem die Möglichkeit zur Teilhabe an Erwerbstätigkeit und an deren sozialer Gestaltung zu geben. Dies ist Bedingung und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten“, unter anderem des bürgerschaftlichen Engagements (*ebd.*, Abschnitt III/Einleitung). „Nur wer sozial abgesichert ist und damit ein würdiges Leben bestreiten kann, der ist auch in der Lage, seine politischen Rechte intensiv wahrzunehmen“ (*Die Linke; Korte 2007*). Insgesamt geht es der Partei um „eine Demokratisierung der Gesellschaft, die allen gleiche Möglichkeiten der Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens garantiert“ (*Die Linke 2007, Abschnitt III/Einleitung*).

4. Mehr bürgerschaftliches Engagement, mehr Soziales, mehr Demokratie?

Bürgerschaftliches Engagement ist für die SPD eine aus innerem „eigenem Antrieb“ für das Gemeinwohl erfolgende Tätigkeit, die sich besonders in einem Dritten Sektor der gemeinnützigen Assoziationen verwirklicht. Verantwortungsbewusstsein und das Ziel der Verbesserung des „Zusammenhalts“ sind die treibenden Kräfte des bürgerschaftlichen Engagements in christdemokratischer Art, besonders stark und wichtig auch für primäre soziale Netzwerke wie Ehe und Familie. Für die FDP wollen und sollen Menschen „ihre Angelegenheiten stets selbst regeln“.

Wird ihnen das ermöglicht, kommt es zur „befreien-den Kraftentfaltung“ bürgerschaftlichen Engage-ments. Für die Grünen engagieren sich die Menschen aufgrund ihrer „Selbstbestimmungs-“ und „Partei-nahe-Motive“. Während die Linkspartei das Bild der aktiven Bürgerinnen und Bürger noch vermissen lässt, hat die CDU die von Gemeinwohlverantwor-tung bewegten Menschen mittlerweile gut platziert. Die stärker von einem Menschen- als von einem Ge-sellschaftsbild gespeisten Vorstellungen der FDP und der Grünen ähneln sich, auch wenn bei den Libera-len die persönliche Nutzenseite stärker im Vorder-grund steht (*FDP-Bundesvorstand 2007*), die bei den Grünen um Verantwortungsmotive ergänzt sind. Im Grunde aber ist man sich einig – alle suchen die engagierte Bürgerin, den engagierten Bürger!

Einen Dritten Sektor, in dem Wohlfahrt für alle bes-ser als bisher hergestellt werden kann, möchte die SPD als kooperatives Projekt zwischen Wohlfahrts-verbänden und Sozialstaat verwirklichen. Die CDU sucht ihn mehr in der Nähe von Familien, „karitati-ven und kirchlichen Einrichtungen“ und in einem vom Staat unabhängigen Dritten Sektor der subsidiären Unterstützungszusammenhänge. Auch die FDP will einen vom Staat nicht bevormundeten Drit-ten Sektor, in dem Menschen auch für ihre wirtschaf-tliche Wohlfahrt Eigenverantwortung übernehmen und Wirtschaftsunternehmen soziale Dienstleistun-gen anbieten können – einen „Sozialmarkt“. Für die Grünen kann mehr Wohlfahrt gelingen, kommt es zu einer „neuen Balance“ zwischen Bürgern und Staat, in denen die Bürger mehr leisten können, ohne aber dass der Staat aus seiner Verantwortung geht. In staatlich grundgesicherter gemeinschaftli-cher Selbsthilfe liegt für sie die Zukunft der Wohl-fahrtsproduktion. Für Die Linke existiert kein solcher autonomer Dritter Sektor, sie favorisieren den Staat als Wohlfahrtsproduzenten, der öffentliche soziale Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Auf den Punkt gebracht: Von einer Ähnlichkeit all dieser Leitbilder kann keine Rede sein – man ist sich zutiefst uneins über die Verantwortungsverteilung zukünftiger Wohlfahrtsproduktion.

Demokratieentwicklung, ein drittes Grundanliegen des Konzeptes der Bürgergesellschaft, wird von den Bundesparteien ebenfalls in sehr unterschiedlicher Weise angestrebt. Während die CDU dieses Anliegen nicht verfolgt, widmet die SPD ein ganzes Kapitel ihres Grundsatzprogramms der Repolitisierung der Gesellschaft. Menschen sollen sich ihrer Ansicht nach mehr vereinigen, versammeln und ihre Meinung äu-ßern können, um Einfluss in Staat und Gesellschaft zu nehmen. Auch die FDP wünscht mehr Bürgerein-

fluss. Für die Liberalen brauchen Bürger und Bürgerinnen über ihre Akteurs- und Kundenrolle im sozialen Sektor hinaus auch mehr direkt-demokratische, politische Mitbestimmungsmöglichkeiten und mehr Gelegenheiten zur aktiven Wahlbeteiligung. Mehr Solidarität und Gegenseitigkeit in den überschaubaren Netzwerken und zunehmende Einflussnahme in die entfernteren Bereiche sind das doppelte Anliegen der Grünen. „Soziale und politische Rechte (sind) zwei Seiten einer Medaille“, so auch Die Linke (*Die Linke; Korte 2007*). Insgesamt ist festzustellen: Alle arbeiten an mehr Demokratie, nur eine wichtige Partei nicht.

Es kann sein, dass es kein Problem ist, dass die wohlfahrtsstaatliche Modernisierung an der Uneinigkeit unserer Parteien scheitert. Kennt man aber die Probleme der sozialen Dienstleistungsunternehmen und des sozialen Engagements, so scheint doch entschlossenes parteipolitisches Handeln nötig. Es mag zunächst nicht weiter stören, dass nur ein politischer Akteur sich der gesellschaftlichen Demokratisierung verweigert. Weiß man aber um die aktuellen Machtverhältnisse in unserem Lande und von den vielen politischen Anliegen engagierter Menschen (*BMFSFJ 2006*), so muss man sich fragen: Werden sich die Bürgerinnen und Bürger, derart beschränkt, wohl auch zukünftig engagieren?

Anmerkungen

- 1 Im Folgenden schließe ich mich der Begriffswahl der Enquete-Kommission an und fasse Zivil- und Bürgergesellschaft synonym unter dem Begriff Bürgergesellschaft. Dass für viele deutsche Protagonisten Zivilgesellschaft eher ein demokratietheoretisches und normatives Konzept ist, während sie unter Bürgergesellschaft mehr den deskriptiv abgrenzbaren Raum der unabhängigen und gemeinnützigen Organisationen und Tätigkeiten fassen, sei nur des Verständnisses halber kurz erwähnt, ebenso der Umstand, dass dies in der angloamerikanischen Literatur eher umgekehrt zu sein scheint.
- 2 Rechtsstaatlichkeit, Verfassung, Demokratie und Sozialstaat, grundlegende Prinzipien auch der Bürgergesellschaft, entwickeln sich seit „mehr als zwei Jahrhunderten“ in den westlichen Nationalstaaten, konstatiert die Enquete-Kommission (2002, S. 80) und muss sich widersprechen lassen: Die Bürgergesellschaft ist „im historischen Rückblick und angesichts gegenwärtiger Entwicklungen noch stets im Sollzustand ...“ (Roth 2002).
- 3 Bei allen programmatischen Bemühungen: Kritiker und Kritikerinnen werfen der rot-grünen Bundesregierung der damaligen Zeit vor, dass gerade sie in ihrer Regierungspraxis weit hinter den (selbst)gesteckten Zielen zurückblieb. Deregulierung und Staatsverschlankung seien das Einzige gewesen, was wirklich umgesetzt wurde.

Literatur

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehren-

amt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Berlin 2006

Bündnis 90/Die Grünen: Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der Partei Bündnis 90/Die Grünen. In: Enquete-Kommission: a.a.O. Opladen 2002a, S. 138-144

Bündnis 90/Die Grünen: Die Zukunft ist grün. Grundsatzprogramm der Partei. Beschluss in Berlin 15.-17.3.2002. Berlin 2002b

Bündnis 90/Die Grünen: Wahlprogramm 2005. Berlin 2005

CDU: Freiheit in Verantwortung. Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschluss auf dem Fünften Parteitag, 21.-23.2.1994. Hamburg 1994

CDU: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschluss auf dem 21. Parteitag, 3.-4.12.2007. Hannover 2007a

CDU: Bürgergesellschaft – CDU stärkt bürgerschaftliches Engagement. Programmepaper. Erstellt am 24.9.2007. Siehe: <http://www.cdu.de/doc/pdf/070924-az-buergergesellschaft.pdf> sowie auch: <http://www.cdu.de/politikaz/buergergesellschaft.php>. Eingesehen am 6.11.2007b

CDU/CSU: Sondervotum von Mitgliedern der Enquete-Kommission aus der Fraktion der CDU/CSU zum Bericht der Kommission. In: Enquete-Kommission: a.a.O. Opladen 2002, S. 683-727

Die Linke: Programmatische Eckpunkte. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24.-25. März 2007. Dortmund 2007

Die Linke; Korte, Jan: Positionspapier. Berlin. In: http://die-linke.de/politik/analysen_und_positionen. Eingesehen am 6.11.2007

Enquete-Kommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements (Hrsg): Bericht Bürgerschaftliches Engagement. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen 2002

FDP: Für die liberale Bürgergesellschaft. Wiesbadener Grundsätze der FDP. Beschluss auf dem Bundesparteitag der FDP am 24.5.1997. Wiesbaden 1997

FDP: Kurzwahlprogramm 2005. Berlin 2005

FDP: Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement der Mitglieder der Enquetekommission aus der Fraktion der FDP. In: Enquete-Kommission: a.a.O. Opladen 2002, S. 144-147

FDP-Bundesvorstand: Mehr Markt im Sozialmarkt: Chance für mehr Qualität, Kosteneffizienz und Kundenzufriedenheit. Beschlusspapier vom 17.9.2007. Berlin 2007

PDS: Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der PDS. In: Enquete-Kommission: a.a.O. Opladen 2002, S. 148-151

Roth, Roland: Sondervotum des sachverständigen Mitglieds zum Absatz „Begriff ‚bürgerschaftliches Engagement‘/Unzivile Formen der Bürgergesellschaft“. In: Enquete-Kommission: a.a.O. Opladen 2002, S. 80

SPD: Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement der Mitglieder der Enquete-Kommission aus der Fraktion der SPD. In: Enquete-Kommission: a.a.O. Opladen 2002, S. 129-138

SPD: Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschluss auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28.9.2007. Hamburg 2007